

Anfrage

der Bundesräte Ing. Einwallner, Weiss und Mayer
an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen

betreffend Nichtraucherenschutz

Auf Seite 113 des zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei abgeschlossenen Regierungsprogramms ist folgende Passage zu lesen: „*Verankerung eines gesetzlich ausgeweiteten NichtraucherInnenschutzes (insbesondere durch strenge Regelungen auch in Lokalen durch räumlich abgetrennte Raucherzonen).*“ Damit scheint Österreich den internationalen Gepflogenheiten zu folgen und die sehr liberale Haltung in Sachen Rauchen aufzugeben.

Die unterzeichnenden Bundesräte begrüßen diese Einigung der Koalitionspartner ausdrücklich und fordern darüber hinaus eine möglichst rasche Umsetzung dieser Einigung.

Da jedoch noch zahlreiche offene Fragen im Hinblick auf die Umsetzung bestehen, richten die unterzeichnenden Bundesräte an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

Anfrage:

- 1.) Wie gedenken Sie, den im Regierungsprogramm in Aussicht gestellten Nichtraucherenschutz umzusetzen?
- 2.) Bis wann können die gesetzgebenden Organe mit einer diesbezüglichen Regierungsvorlage rechnen?
- 3.) Sind Ihnen Studien über die Gefahr des Passivrauchens bekannt und wenn ja, welche Ergebnisse bringen diese Studien im Hinblick auf
 - a.) chronische Erkrankungen;
 - b.) Zahl der Todesopfer;
 - c.) Kosten der Erkrankungen von Passivrauchern.
- 4.) Sind Sie bereit, so Ihnen keine Studien über die Gefahr des Passivrauchens vorliegen, solche in Auftrag zu geben und wann werden Sie dies tun?
- 5.) Medienberichten zufolge soll jeder vierte Österreicher an der Lungenerkrankung COPD, umgangssprachlich Raucherlunge genannt, leiden. Können Sie dies bestätigen?

- 6.) Gibt es einen Zusammenhang zwischen der hohen Zahl an Erkrankungen an COPD und Rauchen?
- 7.) Welche Aufklärungskampagnen planen Sie, um die Gefahren des Rauchens wieder ins Bewusstsein zu holen?
- 8.) Wird es seitens Ihres Ministeriums Maßnahmen im Hinblick auf die Prävention geben und wenn ja, welche werden dies sein?
- 9.) Können Sie bereits jetzt sagen, in welchem Umfang Sie Mittel für Prävention und Aufklärung einsetzen werden?
- 10.) Wie hoch werden die finanziellen Aufwändungen in diesem Zusammenhang für jedes einzelne Bundesland sein?
- 11.) Sind spezielle Aufklärungskampagnen für Jugendliche geplant und wenn ja, wie viel Geld wird in diesem Zusammenhang in jedes einzelne Bundesland fließen?
- 12.) In welcher Weise werden die Bundesländer in die Vorbereitung von Maßnahmen eingebunden?


Müller
Keller